



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 10. September 2018
Kantonsratspräsidentin Hildegard Meier-Schöpfer

P 455 Postulat Burkard Ruedi und Mit. über eine Veräusserung der Beteiligungen an der Centralschweizerischen Kraftwerke AG (CKW) / Finanzdepartement

Bei der Beratung des Postulats befindet sich Finanzdirektor Marcel Schwerzmann als Verwaltungsratsmitglied der CKW AG im Ausstand. Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng vertritt das Geschäft.

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.

Ruedi Burkard hält an seinem Postulat fest.

Ruedi Burkard: Ich habe die Regierung aus zwei Gründen gebeten zu prüfen, ob der Kanton das Aktienpaket der CKW AG veräussern soll. Einerseits geht es um den finanzpolitischen Aspekt, um den Handlungsspielraum des Kantons etwas zu vergrössern. Andererseits soll die politische Situation überprüft werden. Die Regierung hat es sich meiner Meinung nach relativ einfach gemacht und die Beurteilung nur aus finanzpolitischer Sicht vorgenommen. Diese Beurteilung scheint mir korrekt, da der Aktienkurs zurzeit so tief ist, dass sich eine Veräusserung des Aktienpakets nicht rentiert. Trotzdem hätte ich von der Regierung eine ausführlichere Stellungnahme erwartet. Warum soll man sich noch weitere Gedanken über dieses Aktienpaket machen? Das Aktienpaket befindet sich im Finanzvermögen. Das Führen von CKW-Aktien ist also eine rein finanztechnische Angelegenheit. Es gibt aber noch einen anderen Aspekt: Bekannterweise hat sich die Marktsituation bei den Energieversorgern in den letzten sechs Jahren massiv verändert. Was will man schlussendlich mit dem Aktienpaket im Finanzvermögen erreichen? Der Rechenschaftsbericht der Beteiligungen ist für dieses Aktienpaket irrelevant, weil sich die Aktien im Finanzvermögen und nicht im Verwaltungsvermögen befinden. Deshalb werden wir nie Rechenschaft darüber erhalten, was mit diesem Aktienpaket schlussendlich geschehen soll. Ich bitte Sie, das Postulat erheblich zu erklären.

Monique Frey: 2011 haben die Grünen das Postulat P 89 von Heidi Rebsamen über den Verkauf der CKW-Aktien zur Investition in die effiziente, nachhaltige und klimaverträgliche Versorgung aus neuen erneuerbaren Energien eingereicht. Damals waren die Aktien der CKW AG knapp 200 Millionen Franken wert. Das Postulat wurde jedoch deutlich abgelehnt. Das vorliegende Postulat P 455 lehnt die Grüne Fraktion ab. Wir könnten uns zwar vorstellen, dass der Kanton die Gelder aus dem Aktienverkauf in erneuerbare Energien investieren würde, aber nicht um damit die Löcher in der Staatskasse zu stopfen. Die CKW AG hat inzwischen etwas dazugelernt und nimmt sich auch dezentraler erneuerbarer Energieträger an. Deshalb ist es gut, wenn der Kanton weiterhin in der CKW AG vertreten ist. Die Grüne Fraktion ist gegen den Verkauf der CKW-Aktien.

Michèle Graber: Die GLP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu. Eine Veräusserung der Aktien ist aus unserer Sicht wünschenswert. Ein Wertschriftendepot im Finanzkapital sollte diversifiziert und professionell bewirtschaftet werden. Das ist im Kanton Luzern nicht

der Fall, sind doch die LUKB- und CKW-Aktien so ziemlich die einzigen Werte des Depots. In ihrer Stellungnahme schreibt die Regierung, dass der Kanton einerseits die Entwicklung der Aktie verfolge und andererseits die des Energiemarktes, das sei eine Daueraufgabe. Die Regierung erachtet den jetzigen Zeitpunkt als nicht richtig für die Veräusserung der Aktien. Nur, wann ist der richtige Zeitpunkt? Aus diesem Blickwinkel gesehen hat die Regierung den Ausstieg 2006/2007 verpasst; der Wert wie auch die Dividendenzahlungen sind um rund 60 Prozent gefallen. Mit Regierungsrat Marcel Schwerzmann sitzt der Finanzdirektor im Verwaltungsrat der CKW AG. Das ist aus Sicht der GLP fragwürdig, denn es bestehen mehrere Zielkonflikte. Kann der Kanton die Aktien überhaupt veräussern, oder besteht das Risiko von Insiderwissen und der Kurs würde bei einem Verkauf einbrechen? Zudem ist die CKW AG nicht mehr notwendig, um eine flächendeckende Energieversorgung zu gewährleisten. Andere Märkte und Geschäftsmodelle für einen effizienten Energieverbrauch und eine effiziente Energiegewinnung sind im Vormarsch. Auch hier besteht ein Zielkonflikt mit den Aktien, die sich im Finanzvermögen befinden. Aus wirtschaftsliberaler Sicht ist diese Tatsache ein No-Go.

Guido Roos: Der Kanton Luzern führt sein CKW-Aktienpaket von gut 9 Prozent schon seit Jahren vollumfänglich im Finanzvermögen. Darum kann der Regierungsrat bereits heute die Anteile selbständig verkaufen. Mit dem vorliegenden Postulat soll der Regierungsrat beauftragt werden, den Verkauf der CKW-Aktien zu prüfen. Als Begründung wird unter anderem aufgeführt, dass die CKW AG mit dem Zukauf regionaler KMU den kommunalen und regionalen Markt in der Gebäudetechnik konkurrenziert. Auch die CVP-Fraktion stört sich an dieser Konkurrenzsituation. Welche Auswirkungen hat die Erheblicherklärung des Postulats? Die Regierung müsste den Verkauf des Aktienpakets prüfen. Wie der Regierungsrat in seiner Stellungnahme erklärt, beobachtet und beurteilt er den Kurs und das gesamte Unternehmen laufend. Deshalb müssen wir der Regierung in dieser Sache keinen zusätzlichen Auftrag erteilen. Was würde der Verkauf der CKW-Aktien an der Strategie der CKW AG und der unschönen Konkurrenzsituation im Gebäudetechnikmarkt ändern? Es würde sich nichts ändern. Wie die Regierung ausführt, hat die CKW AG ein Vorkaufsrecht. Die CKW AG würde nach dem Verkauf der Luzerner CKW-Aktien im Besitz der öffentlichen Hand sein, neu zu 100 Prozent bei der Axpo, das heisst bei den Ostschweizer Kantonen. An der beanstandeten Situation würde sich nichts ändern. Das Postulat bringt keinen Nutzen, aber wie sieht es mit einem möglichen Schaden aus? Eine allfällige Erheblicherklärung hätte eine politische Signalwirkung und würde von der Regierung und vom Markt als klares Zeichen zu einem geplanten, recht kurzfristigen Verkauf der CKW-Aktien wahrgenommen. Diese Signalwirkung könnte aus unternehmerischer Sicht gefährlich sein und zu einem tieferen Kurs führen. Aus diesen Gründen lehnt eine Mehrheit der CVP-Fraktion das Postulat ab.

Michael Ledergerber: Die SP-Fraktion lehnt das Postulat grossmehrheitlich ab. Es sind staatspolitische Gründe, die gegen eine Veräusserung sprechen. Mit seiner Beteiligung an der CKW AG kann der Kanton bei der Gestaltung der Energiepolitik mitreden und diese über das Energiegesetz steuern. Darum ist es aus energiepolitischer Sicht im Interesse des Kantons, dass die Regierung im Verwaltungsrat der CKW AG Einsitz hat. Insbesondere in der Zeit der Liberalisierung des Strommarkts, die auf der Bundesagenda steht, kann es wichtig sein, dass die Regierung weiterhin im Verwaltungsrat vertreten ist. So gesehen müsste die Regierung nicht mit dem Finanzdirektor im Verwaltungsrat vertreten sein, sondern mit dem Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor. Mit diesem Wechsel würde die politische Beteiligung gestärkt. Aus rein finanzieller Sicht besteht unserer Meinung nach kein Handlungsbedarf. Es wäre aber falsch, wenn der Regierungsrat auch noch zu einem Börsenmakler mutieren würde. Der Kanton hat nicht den Auftrag, Börseninvestments zu tätigen und auf die Rendite zu schießen. Eine laufende Überprüfung würde bedeuten, je nach Börsensituation zu verkaufen und zu kaufen, um die grösste Rendite zu erzielen. Das ist nicht die Aufgabe des Kantons. Vielmehr wäre der Zeitpunkt einer Veräusserung dann gegeben, wenn Klarheit besteht, in welches Projekt das erhaltene Geld investiert werden könnte.

Reto Frank: Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat grossmehrheitlich ab. Im Moment stehen die Wasserkraftwerkbetriebe wirtschaftlich unter einem grossen Druck. In der Schweiz gibt es kaum ein Speicherkraftwerk, das eine Rendite abwirft. Die Unternehmen sind daher gezwungen, rentable Bereiche zu erschliessen, um im Geschäftsfeld der Energieerzeugung einen Gewinn realisieren zu können. Damit kann weiterhin eine Stromversorgungssicherheit gewährleistet werden. Die CKW-Gruppe ist ein privatrechtliches Unternehmen mit einer kantonalen Minderheitsbeteiligung. Laut Stellungnahme der Regierung hat sich die Kursentwicklung bis zum heutigen Zeitpunkt negativ entwickelt. Mit der Kurs- und Dividendenentwicklung kann mit den Aktien nur eine bescheidene Rendite erwirtschaftet werden. Eine nachhaltige Erholung des Marktes ist kurzfristig nicht zu erwarten. Der Druck auf die Rentabilität bleibt vorerst bestehen, ein Aktienverkauf zum jetzigen Zeitpunkt wäre mit einem Verlust verbunden. Der Zeitpunkt für einen Verkauf ist denkbar schlecht. Die finanzielle Betrachtung ist nur eine Sichtweise. Eine andere ist die Bedeutung der Speicher- und Pumpspeicherkraftwerke in unmittelbarer Zukunft für die Stromproduktion im Allgemeinen und im Speziellen für unsere Region. Im Rahmen der Energiestrategie werden unsere Atomkraftwerke stillgelegt. Als Ersatz werden neue, erneuerbare Energien installiert. Diese produzieren in der Regel jedoch nur Strom, wenn es die Tages- und Jahreszeit erlauben. Da das Angebot mit der Nachfrage nach Strom aus technischen und physikalischen Gründen praktisch zeitgleich übereinstimmen muss, sind heute schon Speicherkapazitäten und geeignete Regeln zentral und deshalb stark gefragt. Die Speicher- und die Pumpspeicherkraftwerke erfüllen heute beide Funktionen am besten. Somit kann die Stromversorgungssicherheit von heute 99,99 Prozent Stromverfügbarkeit gehalten werden. Das ist ein entscheidendes Qualitätskriterium. Die Speicher- und Pumpspeicherkraftwerke sind also von strategisch hoher Bedeutung sowohl für den Kanton Luzern und die weitläufige Stromversorgungsregion der CKW AG als auch im Verbund für die gesamte Schweiz und sogar für Europa. Anlagen und Betriebe, die auf Teilaspekte der kantonalen Strategie wirken und eine hohe strategische und wirtschaftliche Bedeutung haben, müssen vom Kanton stärker kontrolliert werden, als es jetzt bei der CKW AG der Fall ist. Der Zeitpunkt, die CKW-Aktien zu kaufen, ist heute besser denn je. Ich würde mittelfristig eher CKW-Aktien kaufen. Diese strategische Finanzanlage würde aber in das Verwaltungsvermögen und nicht in das Finanzvermögen gehören.

Gaudenz Zemp: Das Umfeld der CKW AG hat sich über die letzten Jahre stark verändert. Deshalb hat sich auch die Strategie der CKW AG verändert. 2017 hat die CKW im Kanton Solothurn eine Haustechnikfirma mit 80 Mitarbeitenden gekauft. Der geografische Raum der CKW hat sich massiv ausgeweitet. Letztes Jahr vor Weihnachten hat die CKW AG eine gross angelegte Aktion für Küchengeräte aller Art lanciert und Geräte mit einem Rabatt von 60 Prozent angeboten. Das hat zu grossem Unmut beim Verband Luzerner Schreiner geführt, dem viele Küchenbauer angehören. Diese ihrerseits können die Geräte nicht einmal selber zu dem Preis einkaufen, zu welchem sie die CKW AG den Kunden verkauft hat. In der Folge hat eine Aussprache zwischen dem Verband Luzerner Schreiner und der Geschäftsleitung der CKW AG stattgefunden. Ich durfte an dieser Aussprache ebenfalls teilnehmen. An diesem Gespräch hat es sich klar gezeigt, dass es legal und richtig ist, dass die CKW AG in andere Märkte investiert, da sie bezüglich der eingebrochenen Strompreise notgedrungen nach anderen Geschäftsfeldern suchen muss. Deshalb darf sie auch solche Dumpingaktionen durchführen. Das Problem der Luzerner KMU ist nicht das Management der CKW AG, sondern der Eigner dieser Firma. Die Frage lautet, ob der Kanton Luzern als Staat die lokalen KMU konkurrenzieren will. Ich behaupte, dass sich der Kanton Luzern nicht bewusst mit dieser Frage befasst. Er weiss nicht genau, was er mit der CKW AG will. Der Kanton hat das Investment im Finanzvermögen, er ist also primär und zu Recht an einer Rendite interessiert. Aber auch wenn der Kanton an der CKW-Strategie etwas ändern möchte, könnte er es wahrscheinlich nicht, weil sein Aktienanteil von 9,6 Prozent viel zu klein ist. Die Axpo besitzt 81 Prozent, 36 Prozent davon sind bei den Elektrizitätswerken Zürich und 27 Prozent bei den Elektrizitätswerken Aargau. Zürich und Aargau bestimmen also, wo es mit der CKW AG hingehet. Luzern ist der Juniorpartner. Was heisst das aber nun für das

Postulat? Letztlich steht die CKW AG teilweise in direkter Konkurrenz zu den Luzerner KMU. Wenn aber der Kanton Luzern an der CKW AG beteiligt ist, so finanziert das Unternehmen mit seiner Unternehmenssteuer eigentlich indirekt seine eigene Konkurrenz. Will man das? Gleichzeitig konkurrenziert der Kanton Luzern mit der Gebäudetechnikfirma wiederum das Gewerbe im Kanton Solothurn. Ist das richtig? Diese Fragen sollten zumindest ernsthaft geprüft werden. Deshalb unterstütze ich die Erheblicherklärung des Postulats.

Guido Müller: Ich erinnere an mein Postulat P 560 über die Veräusserung der Beteiligung an der Kursaal-Casino AG Luzern. Die Stellungnahme der Regierung lautete damals, dass die Aktien bei einem tiefen Kurs nicht verkauft werden sollten. Bei einem zu hohen Kurs sollte man aber auch keine Aktien kaufen. Bei der CKW-Aktie geht es um die gleiche Frage. Es liegt in der Verantwortung der Regierung, den richtigen Zeitpunkt für einen Verkauf der CKW-Aktien abzuwarten. Mich interessiert viel mehr, für was das Geld bei einem allfälligen Verkauf eingesetzt werden sollte. Solange die Regierung zu dieser Frage keine Stellung nimmt, lehne ich das Postulat klar ab.

Erich Leuenberger: Ich bin erstaunt, dass wir überhaupt über den Verkauf der CKW-Aktien befinden müssen. Für mich ist es etwas fragwürdig, dass der Postulant den Aufbau eines neuen Geschäftsfeldes in der Gebäudetechnik als Grund für den Verkauf der CKW-Aktien angibt. Ich erinnere daran, dass wir im Rahmen der Konzessionsgebühren darüber diskutiert haben, warum der Kanton Luzern nur einen Anteil von 10 Prozent an den CKW-Aktien besitzt und die Ostschweizer Kantone 80 Prozent. Die CKW AG ist ein Garant für eine sehr gute Versorgungssicherheit im ganzen Kanton Luzern. Eine gute Versorgungssicherheit mit Strom ist für eine funktionierende Volkswirtschaft wichtig. Daher ist es legitim, dass der Kanton Luzern an der CKW AG beteiligt ist. Die Regierung hat die Kursentwicklung der CKW-Aktie gut aufgeführt. Es wäre geradezu eine Dummheit, die CKW-Aktien in der jetzigen Zeit zu verkaufen. Daher lehne ich das Postulat ab.

Jörg Meyer: Einerseits hören wir von liberaler Seite, dass es nicht gehe, dass am Markt etwas geschieht. Andererseits wird seitens der Regierung oder unseres Rates argumentiert, dass jetzt für einen Verkauf der falsche Zeitpunkt sei. Ich stelle fest, dass die Regierung seit 15 Jahren keine Aktie veräussert oder dazugekauft hat. Also hat die Regierung jedes Mal den Eindruck gehabt, dass es so richtig sei. Dieses Argument löst sich auch auf. Wenn die Regierung wüsste, wann der richtige Zeitpunkt wäre, wären wir alle bereits Börsenmillionäre. Was die Einflussnahme auf die Energieversorgung und Energiepolitik angeht, bitte ich die Regierung konsequent zu sein. Das würde in diesem Fall bedeuten, dass man auch über eine Rückwandlung in das Verwaltungsvermögen diskutieren und den Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor anstelle des Finanzdirektors in den Verwaltungsrat der CKW AG entsenden müsste. Zu diesen 200 Millionen Franken existierten weder ein Faktenblatt noch eine Eignerstrategie, sondern die Verantwortung liegt bei der Regierung. Es wurden auch keine konkreten Beispiele genannt, wie der Kanton von dieser Beteiligung profitiert hat. Die Regierung macht es schon gut, denn sie macht mit dieser Beteiligung einfach nichts.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Die Regierung hat die richtigen Antworten geliefert. Da die Titel im Finanzvermögen sind, haben wir uns auf den finanziellen Aspekt konzentriert. Die Konkurrenzsituation zu anderen KMU können wir auch durch den Verkauf der Aktien nicht eliminieren. Die Frage des Verwaltungsrates wurde schon ausgiebig diskutiert. Weil das Aktienpaket im Finanzvermögen angesiedelt ist, ist der Finanzdirektor im CKW-Verwaltungsrat vertreten und nicht ich als Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor. Ich würde mich in einem Interessenkonflikt befinden, wenn wir mit der CKW AG über die Verlängerung von Konzessionen verhandeln würden. Die CKW AG ist ein gesundes Unternehmen, das hauptsächlich im Versorgungssektor tätig ist und nicht in der Stromproduktion. Die finanziellen Eckwerte haben wir in der Stellungnahme mittels einer Tabelle gut aufgezeigt. Wir können nun lamentieren, wann der richtige Zeitpunkt für einen Verkauf gewesen wäre. Wir haben bewusst nicht auf Kursschwankungen reagiert, weil es sich für den Kanton um eine langfristige Finanzanlage handelt. Wir beurteilen den Kurs heute als leicht steigend und erwarten 2018 ein gutes Ergebnis der CKW AG. Davon profitieren

auch die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons, denn die Strompreise werden wie angekündigt gesenkt. Der jährliche Bruttoertrag wird tendenziell steigen, er beträgt jährlich zirka 1,8 Millionen Franken und tut unserer Jahresrechnung gut. Wir beurteilen den Verkaufszeitpunkt als ungünstig und lehnen das Postulat daher ab.

Der Rat lehnt das Postulat mit 81 zu 23 Stimmen ab.